

Besserer Schutz vor allen Formen von Gewalt

Finanzierung der Frauenhäuser in Deutschland als Regelleistung gefordert

Die Bundesregierung hatte am 8. März dem Gesetzentwurf zum „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ zugestimmt. Damit sind die Voraussetzungen für die Ratifizierung der Istanbulkonvention erfüllt. Deutschland hatte das Übereinkommen bereits im Mai 2011 in Istanbul unterzeichnet und angekündigt, es in nationales Recht umzusetzen.

Mit der Ratifizierung wird der Schutz von Frauen vor allen Formen von Gewalt in Deutschland weiter nachhaltig gestärkt. In den 81 Artikeln des Übereinkommens sind umfassende Verpflichtungen zur Stärkung der Gleichstellung von Mann und Frau enthalten; insbesondere das Recht der Frauen auf ein gewaltfreies Leben.

Die Gleichstellungspolitik der Linksfraktion im Thüringer Landtag, Karola Stange, hat die Entscheidung des Bundeskabinetts, die Ratifizierung der Istanbulkonvention nach sechs Jahren endlich in die Wege zu leiten, begrüßt. Dies sei „ein unverzichtbarer und guter Schritt im Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen, weil es

hier um Menschenrecht geht“.

Die Konvention sieht unter anderem vor, bundesweit barrierefreie Schutz- und Unterstützungseinrichtungen zu gewährleisten, die auch die besondere Situation von Frauen mit Behinderungen, Migrantinnen, Frauen ohne Papiere, von Transgendern und Intersexuellen berücksichtigen. „In diesem Zu-



sammenhang ist die Forderung nach einer Regelfinanzierung der Frauenhäuserstruktur durch den Bund mehr als gerechtfertigt“, betonte die LINKE-Politikerin.

Das Übereinkommen war am 11. Mai 2011 von dreizehn Mitgliedsstaaten des Europarates in Istanbul unterzeichnet worden. Der völkerrechtliche Vertrag trat am 1. August 2014 in Kraft. Bis Dezember 2016 wurde die Istanbulkonvention von 43 Staaten un-

terzeichnet und von 22 ratifiziert. Für Staaten, die die Konvention ratifiziert haben, wird sie damit rechtlich verbindlich, und alle staatlichen Organe – darunter Gesetzgeber, Gerichte und Strafverfolgungsbehörden – müssen die Verpflichtungen aus der Konvention umsetzen. In Artikel 1a heißt es: „Zweck dieses Übereinkommens ist

es, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhüten, zu verfolgen und zu beseitigen.“

Dazu zählen psychische, körperliche und sexuelle Gewalt, einschließlich Vergewaltigung, sowie Zwangsheirat, Verstümmelung der weiblichen Genitalien, erzwungene Abtreibung und Sterilisation, Nachstellung (Stalking) sowie sexuelle Belästigung.

Die Einhaltung der Konvention soll von einer Expertenkommission überwacht werden, die Eiluntersuchungen vor Ort durchführen kann. Es ist die zweite Konvention zum Schutz von Frauen gegen Gewalt mit rechtlich bindender Wirkung. ■

Verkehrssicherheit

Trotz Rückgangs der Zahl der Verkehrstoten und Verletzten ist festzustellen: Überhöhte Geschwindigkeit bleibt Unfallursache Nr.1, besonders bei jungen Fahrern. Die um rund 90.000 im Vergleich zum Vorjahr angewachsenen Geschwindigkeitsverstöße sprechen eine deutliche Sprache. „Es ist notwendig, sowohl die Kontrolltätigkeit der Polizei zu verstärken als auch die Ausbildung der jungen Fahrer mehrstufig zu gestalten sowie Überlegungen für ein Tempolimit auf Autobahnen und Landstraßen wieder aufzunehmen, vor allem an Gefahrenstellen“, sagt Dr. Gudrun Lukin, Sprecherin für Verkehrspolitik der Linksfraktion.

In Anbetracht zunehmender Rücksichtslosigkeit gegenüber Rettungskräften und Polizei sollten die Bußgelder angehoben und mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden. Thüringen sollte dem Beispiel anderer Bundesländer folgen und Hinweisschilder „Rettungsgasse bilden“ an Autobahnbrücken anbringen. Für die Senioren, besonderes für die über 75-Jährigen, deren Unfallhäufigkeit weniger auf bewussten Regelverstößen, sondern eher auf ein Nachlassen der Leistungsfähigkeit beruht, werden auch in Thüringen einige Projekte zum freiwilligen Überprüfen der eigenen Fahrtüchtigkeit angeboten. Denn allein 2015 war bundesweit fast jeder 3. Unfalldote über 65 Jahre alt, ab 75 Jahre zunehmend als Unfallverursacher, aber auch als Opfer. ■

Längst überfällige Wiedergutmachung

Endlich, 23 Jahre nach der Abschaffung der gesetzlich „legitimierten“ Homosexuellenverfolgung, wurde ein Verfahren auf den Weg gebracht, die Betroffenen zu rehabilitieren. Der Artikel 175 des Strafgesetzbuches, der das Ausleben gleichgeschlechtlicher Liebe unter Strafe stellte, geht auf das Deutsche Kaiserreich zurück und erfuhr zu NS-Zeiten eine Verschärfung. Nach dem Krieg in unterschiedlichen Varianten in die deutschen Verfassungen übernommen, wurde der Artikel zwar bis zu seiner Abschaffung – in der BRD erst 1994 – zunehmend milder angewandt, dennoch wurden rund 60.000 Männer für ihre Sexualität bestraft.

Nun soll ein durch den Bundesjustizminister Heiko Maas eingebrachter Gesetzentwurf diesen Menschen Besserung verschaffen. Schon 2009, acht Jahre früher, brachten die Linken einen Gesetzentwurf in den Bundestag ein, der die Rehabilitation und eine Entschädigung für nach Paragraph 175 Verurteilte vorsah. Das Vorhaben hatte keinen Erfolg, ohne das Engagement der großen Koalition fehlte es an den nötigen Stimmen.

Die Wiedergutmachung sei schon lange überfällig, meint die Gleichstellungspolitik der LINKE-Landtagsfraktion Karola Stange, die selbst seit vielen Jahren für die Rechte und die Inklusion von Homosexuellen kämpft. Weiter soll man wirklich etwas für die Menschen tun, neben einer Entschuldi-

gung auch eine wirkliche Entschädigung leisten und sich nicht bloß mit Blick auf den Wahlkampf kümmern. Eine Durchsetzung muss deshalb noch in dieser Legislaturperiode angestrebt werden. Konkret sieht die finanzielle Entschädigung derzeit so aus, dass den Betroffenen 3.000 Euro Pauschale und 1.500 Euro pro Haftjahr zukommen werden. Darüber hinaus wird wohl die Magnus Hirschfeld Stiftung für den Kampf um Homosexuellenrechte eine Förderung bekommen. „Man wird das Erlittene in keiner Weise wiedergutmachen können, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung“, sagt die Abgeordnete. ■

Nils Verwohlt

Nebenbei NOTIERT

von Annette Rudolph

Die CDU verzweigt

Bewundernswert, mit welcher Engelsgeduld und argumentativer Stärke Frank Kuschel, der kommunalpolitische Sprecher der Linksfraktion, Landtagssitzung für Landtagssitzung an die CDU-Kollegen gewandt die Notwendigkeit der Gebiets- und Verwaltungsreform für Thüringen erklärt. Zahlen und Fakten en masse.

Letztens versuchte er es am Beispiel der Gewerbeämter. Er habe ein Gespräch mit dem Bürgermeister von Bad Salzungen gehabt. „Der versteht auch nicht, warum er ein Gewerbeamt hat und 400 Meter weiter in der Landkreisverwaltung auch noch ein Gewerbeamt ist, für den Landkreis. Eisenach hat ebenfalls ein Gewerbeamt. Und alle sind personell so schwach aufgestellt, wenn einer krank ist oder zur Weiterbildung, dann ist das Gewerbeamt geschlossen.“

Wer heutzutage 20 Kilometer Fahrtweg als zu viel empfindet, um sein Gewerbe an- oder umzumelden, der soll es sein lassen.“ Frank Kuschel kommt aus dem Ilm-Kreis, das Gleiche auch hier: „In Ilmenau ein Gewerbeamt für die Stadt Ilmenau, ein Gewerbeamt für den Altkreis Ilmenau, in Arnstadt ein Gewerbeamt für den Altkreis Arnstadt. Das können wir uns nicht mehr leisten.“

Derlei Anschaulichkeiten trägt der LINKE Kommunalexperte zuhauf vor. Sie prallen an der CDU ungehört ab. Vergebliche Mühe. Oder um es mit Benjamin-Immanuel Hoff, dem Thüringer Staatskanzleiminister, zu sagen: „Das ist die Verzweigung einer Partei von der Gestaltungspartei Thüringens, die Sie mal sein wollten, zu einer reinen Dagegen-Partei.“

Manchmal reißt allerdings auch Frank Kuschel der Geduldsfaden. Neulich zum Beispiel in der Debatte zu einem dieser „Blockade-Anträge“. Wer einfach alles ausblendet, „will dieses Land auch demokratisch an die Wand fahren“. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.)
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.